

# Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten?

**Fabian VIRCHOW**

März 2020



Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Diese Studie wird im Rahmen des „Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht, einem Projekt des Cerfa des Ifri, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der Robert Bosch Stiftung.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte trägt den Autor.

ISBN: 979-10-373-0140-6

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2020

**Diese Veröffentlichung zitieren:**

Fabian Virchow, „Alternative für Deutschland (AfD): eine Partei der extremen Rechten?“, *Notes du Cerfa*, Nr. 152, Ifri, März 2020.

**Ifri**

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: [accueil@ifri.org](mailto:accueil@ifri.org)

**Website:** [ifri.org](http://ifri.org)

## **Notes du Cerfa**

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der Internetseite des [Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

## **Das Cerfa**

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes“, zu Deutsch: *Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen*, wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Paul Maurice, Research fellow, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

# Über den Autor

**Fabian Virchow** ist Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Düsseldorf und leitet dort den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus ([forena.de](http://forena.de)). Zuletzt war er Mitherausgeber des „Handbuch Rechtsextremismus“ (Springer VS) und des „Handwörterbuch Kampfbegriffe der extremen Rechten“ (Wochenschau-Verlag) sowie Autor einer Publikation zur Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen).

# Zusammenfassung

Die AfD - Alternative für Deutschland - wurde 2013 aus Protest gegen die Euro-Rettungspolitik gegründet. Ursprünglich konservativ-liberal, aber rechts von der CDU/CSU, präsentierte die Partei sich nach 2015 als Hauptgegner von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. In der Folge erzielte sie zahlreiche Wahlerfolge, darunter den Einzug in den Bundestag 2017.

Nachdem sie ihre Programmatik und Rhetorik sehr stark radikalisiert hat, ist die AfD derzeit die Partei, die neben der NPD die Rechtsextremen in Deutschland vertritt. Sie vereinigt sowohl die traditionellen Befürworter des Rechtstextremismus als auch des Rechtspopulismus - dessen Sprachrohr sie geworden ist - der immer mehr Wähler anzieht. Obwohl Teile von ihr nun unter Beobachtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz stehen, erscheint es angesichts der Wahlerfolge und der Radikalisierung ihrer Mitglieder unwahrscheinlich, dass die AfD ihr politisches Programm und ihre Stellungnahmen moderieren wird.

# Abstract

The AfD - Alternative for Germany - was founded in 2013 to protest the Euro rescue policy. Originally conservative-liberal, but to the right of the CDU/CSU, the party presented itself after 2015 as the main opponent to Angela Merkel's migration policy. It subsequently achieved electoral success, including its entry into the Bundestag in 2017.

After significant radicalization of its discourse and political program, the AfD now stands as the party that represents the extreme right in Germany, along with the NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands). It aggregates both traditional supporters of right-wing extremism and is also becoming the mouthpiece of right-wing populism, which is attracting more and more voters. Although the party is currently partially under observation by the Federal Office for the Protection of the Constitution (Bundesamt für Verfassungsschutz), it seems unlikely that the AfD will moderate its political program and statements given its electoral success and the radicalization of its members.

# Inhaltsverzeichnis

<b>EINFÜHRUNG .....</b>	<b>7</b>
<b>EINE PARTEI RECHTS VON CDU/CSU .....</b>	<b>8</b>
<b>GRÜNDUNG UND ENTWICKLUNG DER AFD .....</b>	<b>10</b>
<b>SOZIALE BASIS DER AFD.....</b>	<b>14</b>
<b>SELBSTDARSTELLUNG UND STRATEGIE DER AFD.....</b>	<b>18</b>
<b>WIE DIE AFD DIE REPUBLIK VERÄNDERT .....</b>	<b>21</b>
<b>FAZIT: DIE AFD – EINE EXTREM RECHTE PARTEI? .....</b>	<b>23</b>



# Einführung

Lässt man die ersten zwei Wochen des Jahres 2020 Revue passieren, so ist es um die Anfang 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) Anfang 2020 recht still geworden. Die regionalen Tageszeitungen berichten über Schwierigkeiten des Berliner Landesverbandes, Räume für die Abhaltung des Parteitages anmieten zu können; die Partei widerspricht dem Vorwurf, illegal Parteispenden erhalten zu haben. Auch die Ankündigung der AfD, sie wolle gegen eine mögliche Beobachtung durch den Nachrichtendienst juristisch vorgehen, fand Niederschlag in der medialen Berichterstattung.

Das zeitweise geringe Ausmaß der Sichtbarkeit in den Medien darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ankunft der AfD im deutschen Parteiensystem eine tiefgreifende Veränderung der politischen Landschaft darstellt. Mit der AfD hat die extreme Rechte im Nachkriegsdeutschland ein lang gehegtes Projekt umsetzen können; die ihr durch den flächendeckenden Einzug in die Parlamente zugänglichen Ressourcen setzt die Partei dazu ein, sich weiter gesellschaftlich zu verankern, die demokratischen Parteien unter Druck zu setzen und politische Gegner\*innen einzuschüchtern. Diese Entwicklung ist Gegenstand der folgenden Ausführungen.

# Eine Partei rechts von CDU und CSU

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gab es Versuche der Etablierung einer dezidiert völkisch-autoritären Partei im politischen System des Landes. Diese Organisationen – etwa die Sozialistische Reichspartei oder die Deutsche Reichspartei – standen in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten personell und programmatisch vielfach noch in unmittelbarer Tradition des 1945 militärisch besiegten Nationalsozialismus<sup>1</sup> und sahen sich daher zum Teil auch staatlichen Verbotsmaßnahmen ausgesetzt.<sup>2</sup> Zwar gelang es der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Abgeordnete in sechs Landtage zu entsenden, der von vielen Beobachter\*innen erwartete Einzug in den Deutschen Bundestag scheiterte 1969 jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde. Erst mit dem Einzug der 1983 als Abspaltung von der Christlich-Sozialen Union (CSU) gegründeten Partei Die Republikaner (REP) in das Abgeordnetenhaus in Berlin gelang es der extremen Rechten erneut, auf Landesebene parlamentarisch sichtbar zu werden. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und angesichts der durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien ausgelösten Fluchtbewegung mit der stark steigenden Zahl von Asylsuchenden konnten extrem rechte Parteien seit den 1990er Jahren mehrfach in die Länderparlamente in Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg einziehen. Dabei setzte sich mittelfristig die radikalisierte NPD gegenüber den eher bürgerlich auftretenden Parteien Die Republikaner und Deutsche Volksunion (DVU) durch; andere Projekte, wie etwa der Bund Freier Bürger (BFB), blieben gänzlich bedeutungslos.<sup>3</sup> Ihnen allen ging es darum, die christdemokratische Partei politisch unter Druck zu setzen und gegebenenfalls als Koalitionspartner für eine Regierung zur Verfügung zu stehen. Der

---

1. Vgl. Henning Hansen (2007): Die Sozialistische Reichspartei - Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei. Düsseldorf: Droste; Oliver Sowinski (1998): Die Deutsche Reichspartei 1950-1965. Frankfurt a.M.: Peter Lang.

2. Vgl. Fabian Virchow/Gideon Botsch/Christoph Kopke (2013): Verbote extrem rechter Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Melzer, Ralf/Serafin, Sebastian (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Berlin: FES: 273-295.

3. Vgl. Frank Decker (2000): Über das Scheitern des neuen Rechtspopulismus in Deutschland – Republikaner, Statt-Partei und der Bund freier Bürger. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 29: 237-255.

Einzug in den Bundestag blieb völlig verwehrt – teils aufgrund interner Streitigkeiten, teils aufgrund einer erfolgreichen Strategie der Stigmatisierung und Ausgrenzung durch Zivilgesellschaft, staatliche Kontrollinstanzen und die Mehrzahl der Medien.

Zugleich hat die Einstellungsforschung seit den frühen 1980er Jahren im Anschluss an die SINUS-Studie<sup>4</sup> über die letzten Jahrzehnte konstant sichtbar gemacht, dass es einen stabilen Sockel nationalistisch-autoritärer und rassistisch-antifeministischer Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands gibt.<sup>5</sup> Auch der große Erfolg für das Buch des SPD-Politikers Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“, in dem dieser ein an Traditionen der politischen Eugenik und der Rassenhygiene anknüpfendes Untergangsszenario entwirft<sup>6</sup>, zeigt die Zustimmung zu rassistischen Wortmeldungen. Angesichts der Popularisierung weiter Teile des Inhalts des Buches durch die BILD-Zeitung mochte es wenig verwundern, dass im Herbst 2010 etwa 18 Prozent der vom Meinungsforschungsinstitut Emnid befragten Personen erklärten, dass sie einer „Sarrazin-Partei“ ihre Stimme geben würden.<sup>7</sup> Im europäischen Vergleich setzte sich dieses Einstellungspotential in Deutschland jedoch lange Zeit nicht in dauerhafte und flächendeckende Wahlerfolge um, so dass in der wissenschaftlichen Einordnung von einer rechtspopulistischen Lücke gesprochen wurde. In der extremen Rechten wurden die Erfahrungen mit Parteigründungen jedoch systematisch ausgewertet, um ein mögliches politisches Zeitfenster sowie ein geeignetes Vorgehen für einen weiteren Versuch bestimmen und nutzen zu können.<sup>8</sup>

---

4. Vgl. SINUS Markt- und Sozialforschung (1981): 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ - Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

5. Vgl. zuletzt Oliver Decker/Elmar Brähler/Dirk Baier/Marie Bergmann (Hrsg.) (2018): *Flucht ins Autoritäre: rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag; Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan (Hrsg.) (2019): *Verlorene Mitte – feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Berlin: FES sowie auf der Ebene einiger Bundesländer Erhebungen wie der Thüringen-Monitor (vgl. Marion Reiser/Heinrich Best/Axel Salheiser/Lars Vogel (2019)).

6. Vgl. Michael Haller/Martin Niggeschmidt (Hrsg.) (2012): *Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz – Von Galton zu Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik*. Wiesbaden: Springer VS; Thorsten Gerald Schneiders (2013): *In schlechtes Licht gerückt – Das Araberbild bei Thilo Sarrazin*. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): *Die Araber im 21. Jahrhundert – Politik, Gesellschaft, Kultur*. Wiesbaden: â: 391-411.

7. Vgl. Julia Jüttner (2010): *Umfrage sieht großes Potential für Protestpartei*. *Spiegel Online*, 5. September 2010. Verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) [10. Januar 2020].

8. Vgl. Katharina Behrend (1996): *NPD – REP. Die Rolle nationalistischer Bewegungen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland am Beispiel von NPD und Republikaner im historischen Vergleich*. Regensburg: Roderer; Institut für Staatspolitik (2007): *Partei Gründung von rechts*. Schnellroda: Antaios.

# Gründung und Entwicklung der AfD

Insbesondere die Finanzmarktkrise seit 2007 sowie der politische Umgang der Bundesregierung, die ihre Entscheidungen zur Stabilisierung des Euro-Raumes als alternativlos darstellte, beschleunigte den Willen zur Gründung einer eurokritischen Partei. Aus einer vor allem virtuellen Versammlung deutscher Hochschullehrer mit dem Namen Plenum der Ökonomen entstanden zunächst das Bündnis Bürgerwille sowie der Verein Wahlalternative 2013. Das schlechte Abschneiden ihrer beiden Sprecher – Bernd Lucke (Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg) und Konrad Adam (ehemaliger Redakteur überregionaler konservativer Tageszeitungen) – bei den niedersächsischen Landtagswahlen auf der Liste der Freien Wähler hielt diese dennoch nicht davon ab, am 6. Februar 2013 die Partei Alternative für Deutschland mit zu gründen.<sup>9</sup> Mit der Parteigründung wurde an den bislang vergeblichen Versuch angeschlossen, bei Wahlen eine nationalistische Partei gegen die Eurorettungspolitik zu etablieren.<sup>10</sup> In dieser wurden sowohl Angehörige des wirtschaftlichen Establishments aktiv – so wie beispielweise der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, der der Partei in der Frühphase mit einem Darlehen von einer Million Euro half –, als auch zahlreiche Funktionsträger aus der „zweiten Reihe“ von CDU und FDP. Zudem bot die Partei bereits in der Frühphase auch Nationalkonservativen, neurechten Kräften und (ehemaligen) Aktivist\*innen rechtspopulistischer Kleinstparteien eine Möglichkeit der Betätigung und Einflussnahme. Als Zusammenschluss unterschiedlicher rechter Milieus – marktradikal, nationalliberal, christlich-fundamentalistisch und neurechts – wies die AfD von Beginn an eine politische Spannweite auf und zog vor allem ehemalige CDU-, CSU- und FDP-Mitglieder und Akteur\*innen früherer extrem rechter Parteien, wie dem Bund freier Bürger (BFB) und der Partei Die Freiheit (DF) an.<sup>11</sup> Ziel war zu

---

9. Vgl. Sinah Bücken/Sarah Maria Schade/Ulrike Wiegerling (2019): Die AfD: Woher sie kommt, wie sie funktioniert, wer sie unterstützt. In: Eva Walther/Simon D. Isemann (Hrsg.): Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden: Springer: 29-56.

10. Vgl. Tobias Frank (2015): Die AfD bei der Bundestagswahl 2013 - Determinanten und Erklärungen ihres Wahlerfolgs. Marburg: Tectum.

11. Vgl. Alexander Häusler/Rainer Roeser (2015): Die rechten „Mut“-Bürger - Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“. Hamburg: VSA, S. 28-41.

diesem Zeitpunkt die Formierung eines neokonservativen Hegemonieprojektes. Zur politischen Strömung der Neuen Rechten pflegt die AfD enge Verbindungen über deren Wochenzeitung Junge Freiheit (JF), die die AfD von Beginn an publizistisch unterstützte.

Blieb der AfD bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 und der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Hessen der Einzug in diese Parlamente noch verwehrt, so konnte sie nach der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 mit 7,1 Prozent der Stimmen sieben Abgeordnete nach Brüssel entsenden. Einen erheblichen Teil der Stimmen gewann sie von konservativen und wirtschaftsliberalen Wähler\*innen, die sich durch die FDP und die CDU/CSU nicht mehr hinreichend vertreten sahen.

Der Einzug in das Europäische Parlament, aber auch die Erfolge der Partei bei den im Herbst 2014 in den Bundesländern Sachsen (9,7 Prozent), Thüringen (10,6 Prozent) und Brandenburg (12,2 Prozent) durchgeführten Landtagswahlen bescherten der AfD weitere Aufmerksamkeit und machte sie attraktiv auch für bis dahin abseitsstehende Akteur\*innen der politischen Rechten jenseits von CDU/CSU. Bereits zu dieser Zeit verließen jedoch liberale Mitglieder die Partei wieder, da ihnen die AfD zu rechts wurde.

Innerparteilich formierte sich im März 2015 um die AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke (Thüringen) und André Poggenburg (Sachsen-Anhalt) der sogenannte „Flügel“, der mit der „Erfurter Resolution“ an die Öffentlichkeit trat. Ihr zufolge sei die Partei „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender-Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usw.)“ zu verstehen und müsse als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ agieren. Deutlich wurde vor einem „voraus-eilenden Gehorsam“ gewarnt.<sup>12</sup> Innerhalb weniger Tage zeichneten etwa 1.600 Parteimitglieder diese Erklärung. Die durch die Partei gehende Spaltungslinie wurde schließlich noch sichtbarer, als sich um den Vorsitzenden Bernd Lucke, der zu jenem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit als zentrale Figur der Partei wahrgenommen wurde, eine Gegenströmung formierte, die einen Verein mit dem Namen Weckruf ins Leben rief. Wenig überraschend wurde die Vereinsgründung als Spaltungsversuch sowie als Vorbereitung eines möglichen Austritts von Anhänger\*innen Luckes interpretiert. Den folgenden innerparteilichen Machtkampf verlor Lucke auf dem Mitgliederparteitag in Essen am 4. Juli 2015 deutlich. Dieser wählte die sächsische AfD-Vorsitzende Frauke Petry, die sich zu diesem Zweck mit der

---

12. Vgl. Erfurter Resolution. Verfügbar auf: [www.derfluegel.de/erfurter-resolution](http://www.derfluegel.de/erfurter-resolution) [10. Januar 2020].

nationalkonservativen Strömung in der AfD verbündete, in einer Kampfabstimmung zur ersten Parteisprecherin. Ihr zur Seite wurde Jörg Meuthen gewählt, der der Partei in Baden-Württemberg vorstand. Mit dem Austritt Luckes und mehrerer Tausend Mitglieder wurde das veränderte Kräfteverhältnis zugunsten des rechten Parteiflügels dauerhaft festgeschrieben. Der Versuch Luckes, mit einer Partei namens Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) und später Liberal-Konservative Reformer (LKR) an die frühen Erfolge anzuknüpfen, erwies sich als Fehlschlag.

Im Frühjahr 2015 konnte die Partei bei den Wahlen in Hamburg und Bremen nur knapp die 5-Prozent-Hürde überspringen; im Sommer lag sie bei Umfragen bundesweit nur noch bei 4 Prozent. Angesichts der im Jahre 2015 stark steigenden Zahl von Menschen, die in Deutschland Schutz suchten, beschloss der AfD-Bundesvorstand in einer strategischen Entscheidung, die Themen Flucht, Asyl und Migration zum zentralen Kampagnenthema zu machen. In der Folge erreichte sie im Jahr 2016 bei den Landtagswahlen in Hessen, Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz jeweils deutlich über 10 Prozent der Stimmen; in Sachsen-Anhalt votierte fast ein Viertel der Wähler\*innen für die AfD. Dabei gewann sie auch 15 Direktmandate, d.h. ihre Kandidat\*innen bekamen in den jeweiligen Wahlkreisen die meisten Stimmen aller angetretenen Kandidat\*innen.

Den Wahlerfolgen tat es keinen Abbruch, dass etwa die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch im Januar 2016 den Schusswaffeneinsatz auch gegen flüchtende Frauen und Kinder befürwortet hatte und im AfD-Landesverband Saarland deutlich extrem rechte Tendenzen sichtbar wurden, die den AfD-Bundesvorstand veranlassten, dessen Auflösung voranzutreiben. Für bundesweite Schlagzeilen sorgte im Frühjahr 2016 auch die Tatsache, dass sich in der AfD-Fraktion im Landtag Baden-Württembergs keine Mehrheit für einen Parteiausschluss des AfD-Abgeordneten Wolfgang Gedeon fand, der sich positiv auf die antisemitische Hetzschrift Protokolle der Weisen von Zion bezogen hatte. Dass die Partei angesichts deutlich erkennbarer extrem rechter Positionierungen in Wahlen weiterhin erfolgreich war – so im Herbst 2016 in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 Prozent) und in Berlin (14,2 Prozent), verstärkte das innerparteiliche Gewicht des extrem rechten Flügels und machte die Partei für entsprechende Personen zusätzlich attraktiv.

Leitfigur der extremen Rechten in der AfD ist neben Andreas Kalbitz vor allem Björn Höcke; dieser hielt am 17. Januar 2017 in Dresden eine Rede, in der er mit Blick auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte. Danach gab es seitens der Parteisprecherin Frauke Petry, die ihm aufgrund solcher Äußerungen eine

„übergroße Nähe zum Nationalsozialismus“<sup>13</sup> vorwarf, den Versuch, ihn aus der AfD auszuschließen. Im anschließenden internen Machtkampf unterlag sie allerdings: beim Parteitag in Köln im April 2017 konnte sie mit ihren Vorschlägen nicht reüssieren und wurde nicht als Parteisprecherin wiedergewählt. Die AfD zog mit Alice Weidel, einer neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlerin, sowie Alexander Gauland, einem radikalisierten ehemaligen CDU-Politiker, als Spitzenduo in den Bundestagswahlkampf. Im September 2017 zog die AfD mit über 90 Abgeordneten in den Bundestag ein; kurz darauf verließ Frauke Petry, die über mehrere Jahre das mediale Gesicht der Partei war, die AfD. Die von ihr im Anschluss gegründete Blaue Partei blieb erfolglos.

Die Radikalisierung der AfD zugunsten offen extrem rechter Positionierungen und der Schulterchluss beziehungsweise die Beteiligung von Anhänger\*innen an rassistischen und zu Gewalt neigenden Straßenmobilisierungen haben ein Niveau erreicht, das vor wenigen Jahren noch undenkbar schien. Die AfD ist inzwischen zum zentralen Projekt der extremen Rechten in Deutschland geworden und wird von zahlreichen ihrer Zeitungen und Internetseiten unterstützt. Nicht zufällig werden daher Teile der Partei vom Verfassungsschutz beobachtet. Eine Mäßigung ist jedoch nicht zu erkennen: Nach der Landtagswahl in Thüringen Ende Oktober 2019, bei der die AfD mit 23,4 Prozent der Stimmen zweitstärkste Partei wurde, erklärte der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland, dass der dortige Spitzenkandidat Björn Höcke die Mitte der Partei darstelle. Björn Höcke hatte in der Vergangenheit unter anderem mit seinem an die Sprache des Nationalsozialismus erinnernden Auftreten sowie ungehemmt rassistischen Positionen für Aufsehen gesorgt.

---

13. Vgl. Kai Portmann (2017): AfD-Spitze vergleicht Höcke mit Hitler. Verfügbar auf: [www.tages-spiegel.de](http://www.tages-spiegel.de) [10. Januar 2020].

# Soziale Basis der AfD

Auch wenn die AfD in der Frühphase vor allem als Partei der nationalistischen Euro-Kritik wahrgenommen wurde, war sie nie eine Ein-Themen-Partei. Sie trat von Beginn an für eine restriktive Einwanderungs- und Asylpolitik ein, propagierte eine Renationalisierung politischer Entscheidungsmacht und -prozesse, kritisierte die Idee einer interkulturellen Gesellschaft und religiöser Diversität und trat für eine Bevorzugung und Förderung heteronormativer Familien- und Partnerschaftsmodelle sowie eine autoritäre Stärkung der staatlichen Sicherheitsapparate und Justiz ein. Allerdings haben sich im Laufe der Zeit Verschiebungen in der Gewichtung der Themen ergeben; neben der Profilierung als Anti-Einwanderungspartei hat die AfD sich mit Statements zu Wort gemeldet, in denen der anthropogene Klimawandel geleugnet wurde. Zudem ist mit dem Zuwachs an Ressourcen – Geld, Infrastruktur, Zugang zu Informationen und zu Medien – aufgrund des Einzugs in alle Parlamente auf Landes-, Bundes- und Europäebene auch die Reichweite der AfD-Agitation gestiegen.

Ob die Wähler\*innen der AfD deren Partei- und Wahlprogramme tatsächlich im Detail kennen, ist nahezu unerheblich. De facto wird die Partei als Marke gewählt, deren programmatische Stichworte vielfach medial vermittelt wurden. Nicht in allen Politikfeldern bietet die Partei kohärente Positionen an. In der Außenpolitik ringen russlandfreundliche Kräfte mit jenen, die an der Westbindung festhalten wollen. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik dominiert in den bisher veröffentlichten Programmen zwar ein neoliberales Profil, zu dem auch Forderungen nach steuerlicher Entlastung für Unternehmen und Abbau des Sozialstaates gehören, in den Landesverbänden finden sich jedoch auch starke Stimmen, die hinsichtlich des Sozialstaates einer exkludierenden Solidarität das Wort reden, also sozialstaatliche Garantien beibehalten, aber zugleich nach ethnischer Zugehörigkeit selektieren wollen. Auch die Frage einer zukünftigen Rentenpolitik durchzieht als Spaltungslinie die Partei: treten Vertreter des neoliberalen Flügels für eine vollständige Abschaffung der staatlichen Rente ein, wollen die extrem rechten Kräfte dieses Prinzip sichern, aber eben inklusive systematischer Diskriminierung der migrantischen Bevölkerung. Weil die Positionen unüberbrückbar sind, hat die Partei bisher vermieden, den Klärungsprozess voranzutreiben. Zugleich erlaubt diese Vielstimmigkeit auch, verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedliche Angebote zu machen.



Die programmatischen und agitatorischen Angebote der AfD lassen sich vier Spielarten des Rechtspopulismus zuordnen<sup>14</sup>: als Sozialpopulismus tritt die Inszenierung der Verteidigung des Wohlfahrtsstaates in Form der Solidarität mit Armen und Hilfsbedürftigen auf; der Kriminalpopulismus tritt scharf für „mehr Härte“ gegen Gruppen wie Drogenabhängige, Sexualstraftäter, und Bettler\*innen ein, die gesellschaftlich dominanten Normen nicht entsprechen. Dem Nationalpopulismus geht es darum, durch ethnisierende und rassifizierende Zuschreibungen eine Hierarchie zwischen „Deutschen“ und ‚den Anderen‘ zu konstruieren und einerseits eine angebliche Diskriminierung ersterer zu behaupten, tatsächlich aber faktische Ungleichbehandlungen zu Lasten letzterer zu legitimieren. Schließlich stellt der Radikalpopulismus jene Form des Auftretens dar, der die etablierten Parteien als Ausdruck des politischen Systems insgesamt herabwürdigt und so der Entfremdung vieler Bürger\*innen gegenüber dem bestehenden Parteien- und Regierungssystem eine Ausdrucksmöglichkeit bietet, diese aber zugleich verschärft.

In einem vergleichsweise kurzen Zeitraum hat die AfD eine Stammwählerschaft hervorgebracht: „Während sich im Jahr 2014 noch kein deutliches Bild der Personen ergab, die eine Parteibindung für die AfD angaben, zeichnet sich aktuell [Mitte 2016, F.V.] klarer ab, bei welchen Bevölkerungsgruppen die Positionen der AfD Gehör finden. Aktuell gewinnt die Partei AnhängerInnen vor allem unter Männern, BürgerInnen in den neuen Bundesländern, Personen mit geringer und mittlerer Bildung, ArbeiterInnen und Arbeitslosen sowie jungen Personen unter 30 Jahren. Die AfD zieht derzeit vor allem AnhängerInnen unter ehemaligen NichtwählerInnen und WählerInnen rechtsextremer Parteien an, aber auch für die Parteien Die Linke und FDP stellt die noch junge Partei eine Konkurrenz dar.“<sup>15</sup> Tatsächlich erwies sich in den Folgejahren, dass die AfD nicht nur aus dem Reservoir der Nichtwählenden, sondern auch in starkem Maße frühere Wähler\*innen der CDU/CSU, aber auch der SPD gewinnen konnte.

Bei aller Veränderung im Zeitverlauf lassen sich gewisse soziodemografische Merkmale des AfD-Elektorats feststellen<sup>16</sup>: Etwa zwei Drittel sind Männer, während nur ein Drittel Frauen sind. Insbesondere die Alterskohorte der 35- bis 44-Jährigen neigt dazu, die AfD überdurchschnittlich zu

---

14. Vgl. Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt/Main: Westend: 14-16.

15. Vgl. Martin Kroh/Karolina Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. In: DIW-Wochenbericht Nr. 34/2016: 711-719, hier 719.

16. Vgl. verschiedene Studien zusammenfassend Sarah Maria Schade/Ulrike Wieglerling/Sinah Bücker (2019): Wer wählt AfD? Sozialpsychologische Merkmale einer heterogenen Gruppe. In: Eva Walther/Simon D. Isemann (Hrsg.): Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden: Springer: 139-155.

wählen. In den ostdeutschen Bundesländern sind es zudem Menschen über 60 Jahren. Angestellte und Rentner\*innen stellen die zwei größten Gruppen, aber vielfach war die AfD auch unter Arbeiter\*innen die stärkste Kraft. Hinsichtlich des Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und AfD-Wahlentscheidung gibt es keinen gesicherten statistischen Zusammenhang. Mit Blick auf das Bildungsniveau sind formal niedrige und höhere Bildungsabschlüsse (Abitur, Hochschulabschluss) etwas unterrepräsentiert, mittlere Bildungsniveaus (Realschulabschluss) jedoch deutlich überrepräsentiert. Martin Schröder kommt auf der Basis der Auswertung des Sozioökonomischen Panels, dem über 23.000 Befragungen zugrunde liegen, zu dem Ergebnis, dass die AfD-Unterstützung weder durch geringes Einkommen, niedriges Berufsprestige noch durch Arbeitslosigkeit erklärt werden können; vielmehr sei sie Wahlentscheidung weitgehend durch negative Einstellungen zu Geflüchteten und Immigration gekennzeichnet.<sup>17</sup> Andere Forschungen zu Korrelationen zwischen den Ausprägungen verschiedener ökonomischer und soziodemografischen Strukturvariablen und den Zweitstimmenergebnissen der AfD zeigen verweisen darauf, dass hohe Zustimmung zur AfD weder mit hoher Arbeitslosigkeit noch ausschließlich mit niedrigem Einkommen oder dem Anteil migrantischer Bevölkerung in den jeweiligen Wahlkreisen korreliert: „Es zeichnet sich stattdessen ein differenzierteres Bild ab, bei dem zwischen west- und ostdeutschen Wahlkreisen unterschieden werden muss. So steigt der Zuspruch für die AfD, wenn in den Wahlkreisen überdurchschnittlich viele Menschen im verarbeitenden Gewerbe arbeiten. Die Stimmenanteile der AfD nehmen zudem in Wahlkreisen zu, in denen das Haushaltseinkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt. Vor allem letzteres erklärt in westdeutschen Wahlkreisen, die sich durch erhebliche Schwankungsbreiten bei den durchschnittlichen Einkommen auszeichnen, die Variation des AfD-Ergebnisses. Im Westen reüssiert die AfD in Wahlkreisen, in denen Menschen im Durchschnitt entweder relativ wenig verdienen oder einer Tätigkeit in der Industrie nachgehen.“<sup>18</sup> Zudem sei die Zustimmung der AfD in Regionen sehr ausgeprägt, die weniger verdichtet sind, aber eine große Zahl an Handwerksbetrieben aufweisen oder in denen zahlreiche jüngere Menschen fortgezogen sind und daher überproportional viele ältere Menschen wohnen.

In seiner Studie zur AfD-Mitgliederschaft bilanziert Hubert Kleinert, dass insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern Spezifika der DDR-Sozialisation, etwa das Leben in einer vergleichsweise ethnisch homogenen

---

17. Vgl. Martin Schröder (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 975. Berlin: DIW.

18. Vgl. Christian Franz/Marcel Fratzscher/Alexander S. Kritikos (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. DIW-Wochenbericht 8/2018: 136-144.

Gesellschaft, mit tiefsitzenden Enttäuschungs- und Missachtungsgefühlen in Folge der Ausgestaltung der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zusammentrafen.<sup>19</sup> Dies mag die erkennbare durchschnittlich höhere Zustimmung und Radikalität der ostdeutschen AfD-Verbände erklären, kann doch Radikalisierung als Ausdruck der Suche nach persönlicher Bedeutsamkeit in Folge tiefgehender Krisen verstanden werden, in die entsprechende Radikalisierungsagenturen (wie beispielsweise die AfD) mit Deutungsmustern und Handlungsoptionen intervenieren, die die Krisen dramatisieren, in dichotomer Weise Schuldige konstruieren und einen konfrontativen Weg anbieten.<sup>20</sup>

---

19. Zit. Nach Hubert Kleinert (2018): Die AfD und ihre Mitglieder. Wiesbaden: *Springer Fachmedien*: 122/3.

20. Vgl. Simon D. Isemann/Eva Walther (2019): Wie extrem ist die AfD? Die Entwicklung der AfD und deren Wählerschaft als Radikalisierungsprozess. In: Eva Walther/Simon D. Isemann (Hrsg.): Die AfD – psychologisch betrachtet. Wiesbaden: *Springer*: 157-177.

# Selbstdarstellung und Strategie der AfD

Die AfD hat sich – nicht zuletzt verdichtet am Parteinamen – in mehrfacher Weise als Alternative zu den vorhandenen Angeboten inszeniert. Sie präsentiert sich als Anti-Establishment-Partei, die die Sorgen der Bürger\*innen ernst nehme, während die anderen Parteien mit ihrer ideologisierten Politik „deutschen Interessen“ schaden würden. Dass die Abgeordneten der AfD im Bundestag bei den besonders wichtigen namentlichen Abstimmungen überproportional wenig präsent sind<sup>21</sup> und dass die Partei aufgrund von Verstößen gegen die Regeln der Parteienfinanzierung inzwischen mehrfach Strafzahlungen leisten musste,<sup>22</sup> will dazu nicht recht passen.

Der von der AfD gewählte Slogan „Mut zur Wahrheit“ unterstellt, dass die bisher im Bundestag vertretenen Parteien der Bevölkerung Tatsachen verheimlichen würden. Zwar beteiligt sich auch die AfD an der Verbreitung von Fake News, im Kern macht sich die AfD aber das in den letzten Jahren gewachsene Misstrauen von Teilen der Bevölkerung gegenüber ‚der Politik‘ beziehungsweise ‚den Parteien‘ zunutze. Die Lockerung der über viele Nachkriegsjahrzehnte stabilen Parteienbindung spielt ihr dabei in die Hände. Mit Blick auf die Entwicklung in Deutschland machte Horst Kahrs darauf aufmerksam, dass Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus als die drei klassischen gesellschaftspolitischen Strömungen keine konsistenten Deutungs- und Orientierungsangebote mehr hervorbrächten, die zwischen dem politischen System, der realen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und den Alltags- und Lebenswelten Plausibilität herstellten:<sup>23</sup> Der Konservatismus mit seinen Grundpfeilern Familie, Nation, Disziplin, christliche Religion und bis zu einem gewissen Ausmaß patriarchale Fürsorge fände sich in der jüngeren Entwicklung insbesondere der CDU und in deren Entscheidungen, etwa zur Wehrpflicht, zur gesteuerten Einwanderung

---

21. Vgl. AfD-Abgeordnete fehlen bei wichtigen Abstimmungen am häufigsten. Verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de) [10. Januar 2020].

22. Vgl. Sven Röbel (2019): AfD muss 400.000 Euro Strafe zahlen. Verfügbar auf: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) [10. Januar 2020]; AfD verliert Prozess um Bußgeld für Spendenaffäre. Verfügbar auf: [www.zeit.de](http://www.zeit.de) [10. Januar 2020].

23. Vgl. Horst Kahrs (2018): Politische Suchbewegungen in Zeiten tiefer sozialer Transformation. In: Martin Beck/Ingo Stützle (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten - Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 129-148.

aufgrund von Unternehmensinteressen oder zur Pluralisierung der Familienmodelle, nicht mehr wieder, sodass deren Politik als „prinzipienlose Anpassung an sich ständig verändernde komplexe wirtschaftliche Bedingungen und Anforderungen“<sup>24</sup> wahrgenommen werde. Der Liberalismus habe insbesondere in der Euro-Schuldenkrise und der Bankenrettung bei denjenigen an Glaubwürdigkeit verloren, die dem Credo der FDP zum marktradikalen Umbau der Gesellschaft gefolgt waren und dann unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten irritiert zur Kenntnis nahmen, dass den Banken, weil „systemrelevant“, geholfen wurde, während Selbständige und Familienunternehmer nur begrenzte Möglichkeiten hatten, das unternehmerische Risiko auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Für Sozialismus und Sozialdemokratie, deren Weltdeutung sich um Betrieb, Klassenzugehörigkeit sowie Sozialstaat und Sozialeigentum strukturierte, konstatiert Horst Kahrs eine bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einsetzende Entfremdung gegenüber der SPD, die im Zuge der Hartz-IV-Maßnahmen der frühen 2000er Jahre noch einmal vertieft wurden, weil sich in diesen die Parteinahme zugunsten des Milieus der sozialen Aufsteiger und gegen das traditionelle Arbeitermilieu gezeigt habe: „Allmählich verdichteten sich daraus die Erfahrungen des eigenen Bedeutungsverlustes, der Ohnmacht, der Hilflosigkeit, der Repräsentationslosigkeit“<sup>25</sup> die sich zunächst in Wahlenthaltung, in jüngerer Zeit als Stimmabgabe für die AfD manifestiert haben.

Die genannte Selbstwertverletzung ist in Ostdeutschland vielfach noch massiver.<sup>26</sup> Im Zuge der Verwirklichung der „deutschen Einheit“ sind in den Industriegebieten der ehemaligen DDR in sehr kurzer Zeit Hunderttausende Arbeitsplätze verschwunden und Biographien abgewertet worden. Der Protest gegen Arbeitsplatzverlust und die Einforderung der Anerkennung von Lebens- und Arbeitsleistung in der DDR (und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten) blieb ungehört und im Westen Deutschlands vielfach unbeachtet. Die AfD hingegen inszeniert sich – trotz des mehrheitlich aus dem Westen der Republik stammenden Spitzenpersonals – vielfach als Stimme der Ostdeutschen und nutzte in den Wahlkämpfen im Herbst 2019 Slogans wie „Vollende die Wende!“ oder „Wende 2.0“. Zugleich ruft sie in Erinnerung, dass 1989/1990 im Zuge der Wende Großdemonstrationen maßgeblich zum weitgehend unerwarteten Sturz des Regimes beigetragen hätten – und suggeriert, dass sich ein solcher Vorgang auch gegenüber der Regierung Merkel wiederholen ließe. Diese Argumentationsfigur ist Teil einer Strategie, die Ostdeutschland als Ort der politischen Avantgarde und als

---

24. Vgl. Horst Kahrs (2018), S. 135.

25. Vgl. Horst Kahrs (2018), S. 141.

26. Vgl. Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Hamburg: VSA.

das „deutschere Deutschland“ bezeichnet und so zur Aufwertung des Selbstbildes beitragen und die AfD als dessen Sprachrohr plausibilisieren soll.<sup>27</sup>

Ein wichtiger Aspekt der Selbstinszenierung der AfD ist die Behauptung, dass die Partei systematisch benachteiligt werde, etwa in der Medienberichterstattung. In diesem Zusammenhang schreibt der Kommunikationswissenschaftler Johannes Hillje, dass das Verhältnis der AfD zum Journalismus auf den ersten Blick schizophoren wirke, doch einem klaren Kalkül folge. Dabei würden die unabhängigen Medien als ‚Systempresse‘ beschimpft, gleichzeitig würden sie als Bühne für die Inszenierungen, Provokationen und Abgrenzungen der AfD zum politischen Feind benötigt.<sup>28</sup> Entsprechend folge der Delegitimierung der etablierten Medien der Aufbau von parteigebundenen Alternativmedien im Internet, um im Web 2.0 eine digitale Gemeinschaft zu schaffen. Schließlich gehe es um die Aufmerksamkeitsmaximierung und Abgrenzung zum politischen Gegner in der medialen Arena. Dabei arbeitet die AfD bewusst mit der Taktik, durch zuge-spitzte Formulierungen Skandale zu verursachen und sich nach der dann einsetzenden Kritik als Opfer angeblicher Beschränkungen der Meinungsfreiheit zu inszenieren.<sup>29</sup> Zugleich stellt sie immer wieder selbst Einschränkungen der Pressefreiheit her, wenn sie Journalist\*innen den Zugang zu Parteiveranstaltungen verwehrt, weil sie kritische Berichterstattung fürchtet. Demgegenüber bieten insbesondere Talkshows den Vertreter\*innen der Partei eine gute Plattform, folgen diese doch in zentralen Teilen der Aufmerksamkeitsökonomie.

Die in den Medien immer wieder nachgewiesenen Verbindungen der AfD zu Akteur\*innen der extremen Rechten und völkischer Gruppierungen wie etwa PEGIDA<sup>30</sup>, dem Institut für Staatspolitik oder der Identitären Bewegung werden kleingeredet oder geleugnet. Viele der von der Partei nach entsprechender medialer Skandalisierung öffentlichkeitswirksam verkündeten Parteiausschlussverfahren verlaufen im Sande, da die Parteischiedsgerichte der AfD mit Anhängern einer extrem rechten Parteilinie besetzt sind.

---

27. Vgl. Kilian Behrens/Svenna Berger/Vera Henßler/Frank Metzger/Patrick Schwarz (2019): *Der rechte Blick auf Ostdeutschland*. Berlin: apabiz.

28. Vgl. Johannes Hillje (2017): *Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen*. Berlin: Dietz.

29. Vgl. Bernd Gäbler 2017: *Die AfD und die Medien*. Frankfurt/Main: OBS.

30. Vgl. Fabian Virchow (2016): PEGIDA: Understanding the emergence and essence of nativist protest in Dresden. In: *Journal of Intercultural Studies* Vol. 37 No. 6: 541-555.

# Wie die AfD die Republik verändert

In den letzten beiden Jahrzehnten haben rechtspopulistische Parteien in Europa überproportional Zustimmung gewonnen; in mehreren Ländern waren sie an Regierungen beteiligt und konnten auf diese Weise Teile ihrer politischen Agenda, wie z.B. eine restriktivere Einwanderungspolitik, durchsetzen. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Wahlerfolge populistisch oder extrem rechter Parteien vor allem moderat rechte Parteien dazu verleiten, auch eine schärfere Asyl- und Immigrationspolitik zu betreiben,<sup>31</sup> auch wenn letztere dies in manchen Fällen auch aus eigenem Antrieb tun.<sup>32</sup> Die insbesondere einen raschen Aufstieg rechtspopulistischer Parteien begleitende Medienaufmerksamkeit sowie die wachsenden Ressourcen aufgrund von Wahlerfolgen machen es diesen Parteien einfacher, *agenda setting* zu betreiben.<sup>33</sup>

In Deutschland hat Bundeskanzlerin Merkel mit Blick auf die Integration einer großen Zahl von Geflüchteten im Jahr 2015 zwar trotz heftiger politischer und persönlicher Angriffe im Grundsatz an ihrer Aussage „Wir schaffen das“ festgehalten; dennoch ist zugleich in der Asyl- und Flüchtlingspolitik eine ganze Bandbreite an weiteren Restriktionen umgesetzt wurde. Die scharfe Anti-Asyl- und Anti-Einwanderungspolitik der Christlich-Sozialen Union (CSU) um Bundesinnenminister Horst Seehofer ist neben der fortgesetzten Relevanz völkisch-nationalistischer Denkmuster auch in Kreisen von CDU und CSU nicht zuletzt dem Versuch geschuldet, dadurch der AfD Wähler\*innen abspenstig zu machen.

Vorsichtige Ansätze einer liberalen Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik, wie sie im Jahr 2000 mit der Änderung des Staatsangehörigkeits-Gesetzes von 1913 (Ergänzung um das Geburtsortsprinzip) etabliert wurden, werden in Frage gestellt. Auch die Idee der unter

---

31. T. Abou-Chadi (2014): Niche Party Success and Mainstream Party Policy Shifts – How Green and Radical Right parties Differ in Their Impact. In: *British Journal of Political Science* Juni 2014 1-20.

32. Vgl. Steven Wolinetz/Andrej Zaslove (Hrsg.) (2018): *Absorbing the Blow. Populist Parties and Their Impact on parties and Party Systems*. London/New York: Rowman & Littlefield.

33. Vgl. Johannes Hillje (2017): 57.

demokratiethoretischen Gesichtspunkten eigentlich selbstverständlichen Einführung eines allgemeinen Wahlrechts für Ausländer\*innen zumindest auf kommunaler Ebene ist völlig von der politischen Tagesordnung verschwunden.

Auch in anderen Politikfeldern macht sich die AfD als politischer Faktor mittelbar und unmittelbar bemerkbar. Das offensivere Auftreten der so genannten „Lebensschützer“-Bewegung und die politisch wie juristisch geführte Kampagne gegen Ärzt\*innen, die zu den Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs informieren, verdeutlicht, dass von rechts eine neue Kampffront eröffnet wurde. Ähnlich gilt dies für die an Lautstärke zunehmende Bewegung der Klimawandelleugner.

Zu den Auswirkungen des Aufstiegs und der Radikalisierung der AfD gehört auch, dass die Partei zum Magnet für eine große Zahl islamfeindlicher, rassistischer und extrem rechter Zirkel und Individuen geworden ist. Sieht man von den neonazistischen Kleinparteien ab, so ist die AfD Bezugspunkt des Hoffens und Wollens des politischen Spektrums rechts von der CDU/CSU.<sup>34</sup> Dies ist insofern nicht verwunderlich, da die Partei einerseits inzwischen Möglichkeiten zur individuellen Karriere ebenso wie zur politischen Einflussnahme bietet und andererseits mit dem Milieu weitgehend eine Weltanschauung teilt, die dem Phantasma folgt, dass die Bundesregierung durch ihre Migrationspolitik systematisch dem Plan eines Austausches des deutschen Volkes folge.

Teil der AfD-Politik ist es in diesem Zusammenhang, all jene, die der ‚Zerstörung des deutschen Volkes‘ bezichtigt werden, einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. In mehreren Bundesländern hat die Partei im Internet Meldeportale eingerichtet und dazu aufgerufen, „linke“ Lehrer\*innen zu „melden“. Die Partei nutzt systematisch das parlamentarische Mittel der Kleinen Anfragen um detaillierte, auch personenbezogene Daten über Projekte und Institutionen zu bekommen, die im Bereich der Demokratieförderung und des Antirassismus tätig sind. Vielfach denunziert sie Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik als ‚Ideologie‘.

Schließlich ist nicht zu übersehen, dass die Entstehung einer rassistischen Massenbewegung, deren außerparlamentarischer Arm PEGIDA und Co. ist, während die AfD den parlamentarischen Raum abdeckt, zu einer Ausweitung des im rassistischen Sinne Sagbaren geführt hat.

---

34. Dass auch in Teilen der CDU – etwa in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen – einer Kooperation mit der AfD das Wort geredet wird, kann hier nicht im Detail nachgezeichnet werden.



# Fazit: Die AfD – eine extrem rechte Partei?

In der wissenschaftlichen Diskussion wird die AfD nach ihrer fortgesetzten Radikalisierung weitgehend als rechtspopulistische Partei bezeichnet. Im Verlauf der Parteientwicklung ist die AfD personell, programmatisch,<sup>35</sup> in der Struktur der Wähler\*innen sowie in der Wahrnehmung seitens der Bevölkerung<sup>36</sup> jedoch immer weiter nach rechts gerückt. So muss inzwischen von einer extrem rechten<sup>37</sup> Partei gesprochen werden, in der auch von früheren Konservativen wie dem langjährigen Parteisprecher und früheren CDU-Politiker Alexander Gauland offen extrem rechte Positionen artikuliert und Akteur\*innen wie der thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke zum Kern der Partei erklärt werden. Als wirtschaftsliberal bezeichnetes Spitzenpersonal der AfD wie Jörg Meuthen oder Alice Weidel suchen den Schulterschluss mit anderen offen völkisch auftretenden AfD-Politiker\*innen.

Im Jahre 2019 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als „Prüffall“ bezeichnet; damit ist verbunden, dass die Behörde offen zugängliches Material der Partei sichtet und anschließend entscheidet, ob ein Personenzusammenschluss zum Beobachtungsobjekt erklärt wird oder nicht. Die Jugendorganisation der Partei, die *Junge Alternative*, und die innerparteiliche Strömung *Der Flügel* um Björn Höcke wurden bereits zum Beobachtungsfall erklärt. Dies bedeutet, dass es tatsächliche Anhaltspunkte

---

35. Hier ist nicht alleine das Bundesprogramm maßgeblich, sondern auch die Programme in den Landesverbänden sowie programmatische Reden des Personals in Spitzenpositionen in Bund und Land.

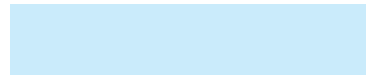
36. Vgl. die Umfragen von FORSA vom September 2016, Emnid vom Januar 2017, YouGov vom Februar 2017 sowie ZDF-Politbarometer vom September 2019. Letztere hat gezeigt, dass nach Einschätzung von 80 Prozent der Befragten rechtsextremes Gedankengut in der AfD weit beziehungsweise sehr weit verbreitet sei.

37. Ich orientiere mich hier an einer Definition, der zufolge von Rechtsextremismus als der „Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht“ zu sprechen ist, „die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorsprung der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“ (Hans-Gerd Jaschke 1993).

für verfassungsfeindliche Bestrebungen gibt und der Nachrichtendienst auch Personen observieren darf, um weitere Informationen zu erlangen. Gegen diese Einstufung will die AfD gerichtlich vorgehen. Eine Mäßigung der politischen Linie und des Auftretens scheint jedoch aufgrund der bereits erreichten Radikalität der Positionen ausgeschlossen.

# Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- Daniel Vernet Gruppe, Kopernikus-Gruppe, [Drei mal Zwei für Europa: Wie eine Stärkung der bilateralen Beziehungen Deutschland-Frankreich, Deutschland-Polen und Frankreich-Polen die EU voranbringen kann](#), *Editoriaux de l'Ifri*, März 2020.
- N. Wissmann, [Rechtsterrorismus in Deutschland. Die unterschätzte Gefahr?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 151, Ifri, Dezember 2019.
- H. Stark, [30 ans après la chute du Mur. Une Allemagne unifiée, une population désunie](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 150, Ifri, November 2019.
- F. Meixner, P. Figge, [Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Gesetzgeberische Motive, Aufbau und erste Erfahrungen](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 149, Ifri, Oktober 2019.
- Daniel Vernet Gruppe, [Soziale Dimension Europäischer Politik: Ein neues Feld deutsch-französischer Verantwortung](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, September 2019.
- C. Demesmay, B. Kunz, [Sustaining Multilateralism in a Multipolar World. What France and Germany Can Do to Preserve the Multilateral Order](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 148, Ifri, Juni 2019.
- E. Dubslaff, [Où va le SPD ? Les sociaux-démocrates allemands et la sortie de crise\(s\)](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 147, Ifri, Mai 2019.
- Daniel Vernet Gruppe, [Migration und Zusammenhalt in Europa: Herausforderung, nicht Widerspruch](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, Mai 2019.



Institut français  
des relations  
internationales